

Anfrage

des Abg. Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **aktuelle Untersuchung zeigt Schadstoffproblematik auf – Fehlende Vorgaben für Chemikalien als Grundproblem**

VKI: Handlungsbedarf bei Alternativen zu Plastik-Einweggeschirr

Aktuelle Untersuchung zeigt Schadstoffproblematik auf – Fehlende Vorgaben für Chemikalien als Grundproblem

Wien (OTS/VKI) - Seit 3. Juli 2021 dürfen in der EU keine Einwegprodukte aus Plastik mehr neu auf den Markt kommen. Als Alternativen zu Plastik-Strohhalmen und -Geschirr drängen derzeit Produkte aus Karton, Palmblätter, Weizenfaser oder Zuckerrohrbagasse in die Regale. Doch für die Umwelt und Gesundheit sind auch diese Ersatzprodukte nicht immer unbedenklich. Dies zeigt eine aktuelle Erhebung europäischer Verbraucherorganisationen, bei der in 31 von 57 Produkten problematische Substanzen wie Pestizidrückstände, fluorierte Stoffe oder potenziell krebserregende Chlorpropanole gefunden wurden, die über empfohlenen nationalen Richtwerten lagen. Von den 26 in Österreich erhältlichen Produkten waren 21 mit Schadstoffen belastet. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) ortet Handlungsbedarf und kritisiert das Fehlen von Vorschriften für Chemikalien in alternativen Verpackungsmaterialien. Die Ergebnisse der aktuellen Untersuchung gibt es auf www.konsument.at und im Magazin KONSUMENT.

An der Untersuchung nahmen Verbraucherorganisationen aus Dänemark, Frankreich, Italien und Spanien teil. Die untersuchten Produkte sind bei Herstellern und Großhändlern, bei denen Gastronomieunternehmen ihre Verpackungen für Catering und Lieferungen beziehen, erhältlich. Geprüft wurde unter anderem, ob Chlorpropanole (3-MCPD und DCP), Pestizide, PFAS, Bisphenole, Schwermetalle (Blei, Cadmium, Chrom) und Aluminium enthalten sind. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Bei 54 Prozent der geprüften Produkte lagen die Schadstoffe über diversen empfohlenen Richtwerten. So überschritt beispielsweise mehr als ein Viertel der untersuchten Produkte, die auf die potenziell krebserregenden Chlorpropanole getestet wurden, den vom deutschen Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) empfohlenen Richtwert für 3-Monochlorpropandiol (3-MCPD). Und in rund zwei Drittel der Produkte lagen die nachgewiesenen PFAS-Konzentrationen über dem in Dänemark geltenden Richtwert. PFAS sind Industriechemikalien, die sich in der Umwelt anreichern und vom Menschen über die Nahrungskette wieder aufgenommen werden können.

26 der getesteten 57 Produkte sind auch in Österreich erhältlich: In nur fünf Produkten konnten keine problematischen Chemikalien nachgewiesen werden. Davon bestehen vier aus Palmblättern und eines aus Papier.

„Diese Untersuchung ist nicht die erste, die bedenkliche Schadstoffe in Alternativprodukten aufzeigt, doch das grundsätzliche Problem besteht noch immer:

Denn – anders als bei Kunststoffen – gibt es in der EU derzeit keine konkreten Vorschriften für alternative Lebensmittelverpackungsmaterialien“, kritisiert VKI-Chemikerin Birgit Schiller. „Doch genau das wäre wichtig, um ein hohes Maß an Verbraucher- und Umweltschutz zu gewährleisten – nicht zuletzt dann, wenn viele dieser Produkte als kompostierbar beworben werden.“ Das Verbot von Plastik-Einweggeschirr war für die VKI-Expertin ein erster richtiger Schritt. „Jetzt muss konsequenterweise der nächste Schritt folgen: Es braucht nicht nur für Kunststoff, sondern für alle Materialien, die für den Lebensmittelkontakt bestimmt sind, eine klare Regelung. Denn sonst entsteht nur an anderer Stelle eine neue Umwelt- und Gesundheitsproblematik.“

VKI: Handlungsbedarf bei Alternativen zu Plastik-Einweggeschirr | Verein für Konsumenteninformation, 22.07.2021 (ots.at)

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

- 1) Welche gesundheitspolitischen und konsumentenschutzpolitischen Schlüsse ziehen Sie aus den Untersuchungen des VKI betreffend Alternativprodukten zum Einweggeschirr?
- 2) Welche Maßnahmen wird diesbezüglich das Gesundheits- und Konsumentenschutzministerium setzen, um hier eine Gesundheitsbelastung für die Konsumenten auszuschließen?
- 3) Bis wann sollen diese Maßnahmen gesetzt werden?

Rose Eder

